

Warum hat der SSW sich in die Regierungsbildung eingemischt?

Wir waren bereit, Verantwortung für das Land zu übernehmen, um unsere Wahlversprechen umzusetzen und um eine Große Koalition zu verhindern. Denn eine Große Koalition bedeutet, dass sich CDU und SPD nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen. Außerdem ist es problematisch, dass die CDU/SPD-Koalition 59 der 69 Abgeordneten im Landtag umfasst. Die beiden „Großen“ verhandeln wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen, bevor die Themen öffentlich im Landtag diskutiert werden. Die offene, demokratische Diskussion im Parlament spielt dann keine große Rolle mehr.

Warum hat der SSW nach der Wahl nicht mit der CDU verhandelt?

Nach der Landtagswahl hat der SSW Sondierungsgespräche mit beiden Seiten geführt. Die CDU forderte aber in diesen Gesprächen, dass der SSW „neutral bleibt“. Wenn eine Entscheidung nicht mit den Grundsätzen des SSW vereinbar ist, sollten wir uns der Stimme enthalten und so CDU/FDP zu einer dauerhaften Mehrheit verhelfen. Aber in der Politik gibt es keine „Neutralität“. Mit unserer Enthaltung hätten wir auch Seite gewählt: Wir hätten passiv die gesamte Regierungspolitik von CDU/FDP akzeptiert, ohne selbst politischen Einfluss zu suchen. Damit hätten wir unsere eigenen 51.920 Wähler im Stich gelassen - und die SSW-Abgeordneten hätten für fünf Jahre nach Hause gehen können. Es blieb uns also gar keine



Der SSW hat nach der Wahl auch mit der CDU verhandelt.



In der Tolerierungsvereinbarung mit der SPD und den Grünen konnte der SSW zahlreiche politische Forderungen durchsetzen - für die Minderheiten wie auch für die Mehrheitsbevölkerung.

Alternative zu einer aktiven politischen Rolle. Denn unsere Wähler sind deutsche Staatsbürger mit allen Pflichten und Rechten. Deshalb haben sie einen Anspruch darauf, dass ihre Stimme voll und ganz mitzählt – bei der Regierungsbildung ebenso wie in der täglichen Politik.

Wie geht es weiter?

Die Zusammenarbeit mit der geplanten Minderheitsregierung von SPD/Grünen ist aus Gründen geplatzt, die der SSW nicht zu verantworten hat. Wir haben unsere konstruktive parlamentarische Arbeit fortgesetzt: Der SSW steht weiterhin für eine sachliche Zusammenarbeit in konkreten Fragen mit allen Fraktionen im Landtag zur Verfügung. Wir werden aber auch weiterhin kritische Oppositionsarbeit leisten.

Würde der SSW es wieder tun?

Der SSW nimmt sich selbst und seine Wähler ernst. Deshalb werden wir weiterhin unseren politischen Einfluss geltend machen. Die Erfahrungen mit der Regierungsbildung nach der Landtagswahl haben aber gezeigt, dass Deutschland nicht reif für eine Minderheitsregierung ist. Deshalb wird der SSW in Zukunft in einer ähnlichen Situation über die direkte Beteiligung an einer Regierungskoalition verhandeln.

Die drittgrößte Partei im Land

Wenn es nach der Zahl der Mitglieder geht, ist der SSW mit seinen knapp 4.000 Mitgliedern die drittgrößte Partei in Schleswig-Holstein.



SSW-Vorsitzender:
Flemming Meyer

Auf unserer Internet-Homepage finden sie viele weitere Informationen über uns und unsere Politik...

www.ssw.de

Der Südschleswigsche Wählerverband



Verantwortlich: SSW - Schiffbrücke 42 - 24939 Flensburg - Tel. 0461-144 08 310 - info@ssw.de Fotos: Flensburg Avis

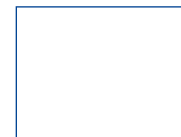
Wir dürfen mitreden

Neun Fragen und Antworten weshalb der SSW das Recht hat, die Geschicke des Landes mitzubestimmen

SSW
Für uns im Norden.

- Absender(in)
- Ich möchte:
- mehr Informationen über die Forderungen und Ziele des SSW
 - im SSW Mitglied werden (18,50 €/Jahr) Bitte schicken Sie mir ein Aufnahmeformular.
 - dem SSW gerne mitteilen...

SSW-Landesverband
Schiffbrücke 42
24939 Flensburg



Nach der Landtagswahl im Februar 2005 war der SSW das Zünglein an der Waage in Schleswig-Holstein. Weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb hatten eine Mehrheit ohne die beiden SSW-Mandate.

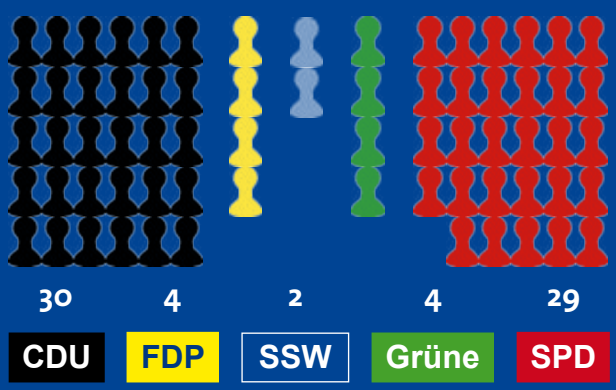


“Warum dürfen Dänen die deutsche Politik bestimmen?” fragte die BILD nach der Landtagswahl.

In dieser Situation entschied sich der SSW dafür, mit seinen zwei Stimmen im Landtag eine SPD-Grüne-Minderheitsregierung zu unterstützen. Dieses führte zu massiven Beschimpfungen in der Öffentlichkeit und gipfelte in Morddrohungen gegen die SSW-Abgeordneten.

Die geplante Regierung platzte aus Gründen, die der SSW nicht zu verantworten hat. Der SSW steht aber weiterhin dazu: Wir haben das Recht, uns einzumischen - und wir werden es wieder tun.

Die Mehrheitsverhältnisse im Landtag nach der Wahl 2005



„51.920 Wählerstimmen sind zu wenig, um die Lebensbedingungen von 2,8 Millionen Menschen in Schleswig-Holstein mitzubestimmen“, wurde dem SSW nach der Landtagswahl 2005 vorgeworfen. Andere kleine Parteien – wie die Grünen oder die FDP – dürfen aber mit rund 85.000 Wählerstimmen als Koalitionspartner über dieselben 2,8 Millionen bestimmen. Auch der Vorwurf, dass wir mit SPD und Grünen nicht die Mehrheit vertreten haben, ist falsch. SPD/Grüne + SSW haben zusammen 48,5 % der Stimmen bekommen, während CDU/FDP gemeinsam für 46,7 % gut sind. Die Behauptung, dass wir nicht die Meinung der Mehrheit vertreten, heißt also mit anderen Worten: Die Wählerinnen und Wähler des SSW haben weniger demokratische Rechte und dürfen bei wichtigen Fragen nicht mitbestimmen.

Darf der SSW sich einmischen, wo er doch von der 5 %-Hürde ausgenommen ist?

Der SSW verfügt über vollgültige Mandate im Landtag. Wir sind zwar bei Bundestags- und Landtagswahlen von der 5 % Hürde ausgenommen. Aber wir müssen bei der Sitzverteilung für ein SSW-Mandat genauso viele Stimmen „vorlegen“ wie CDU- oder SPD-Abgeordnete. Bei „normaler“ Wahlbeteiligung sind rund 20.000 Stimmen erforderlich. Deshalb sind die SSW-Abgeordneten auch keine „Abgeordneten zweiter Klasse“. Sie haben im Landtag dasselbe Gewicht, wie alle Anderen.

Darf die Minderheit sich in die Politik für die Mehrheit einmischen?

Darf der SSW sich wirklich in alle Fragen einmischen?

Die Menschen in der dänischen Minderheit sind Staatsbürger in diesem Land und werden von allen politischen Fragen berührt, deshalb kann es für uns nicht nur um Minderheitenrechte und Zuschüsse für dänische Einrichtungen gehen. Von daher hat sich der SSW seit seiner Gründung 1948 immer auch um allgemeine politische Fragen gekümmert. Keine Partei, auch nicht die CDU, hat sich darüber beschwert, dass der SSW im Landtag seit Jahrzehnten ganz selbstverständlich zu allen Fragen Stellung bezogen und bei allen Fragen mit abgestimmt hat.



Die Stimme eines SSW-Wählers ist ebenso viel wert wie die aller anderer Bürger.

Dieses gilt natürlich auch, wenn es um Machtfragen geht. Einige CDU-Mitglieder behaupten, dass der SSW sich bei der Regierungsbildung immer „neutral“ verhalten hat. Aber schon ein schneller Blick in die SSW-Geschichte zeigt: Es stimmt nicht.

Wo gibt es denn sowas?

Es ist schon längst Normalität, dass sich Regierungen auf die Stimmen von den weit über 100 nationalen Minderheiten in Europa stützen: Die ungarische Minderheit in Rumänien hat in einer Koalitionsregierung gesessen, die schwedische Minderheit in Finnland unterstützt schon seit den 1930er Jahren viele Regierungen aktiv und in Spanien haben katalanische Parteien in der Zentralregierung in Madrid mitregiert – um nur einige Beispiele zu nennen. Dass Minderheitenparteien sich auf ein wahlrechtliches Privileg stützen, ist auch keine Aus-



Es ist heute europäische Normalität, dass Minderheitenparteien über die Regierungsbildung mitentscheiden.

nahme. Zum Beispiel kann die Partei der deutschen Minderheit in Polen mit rund 0,2 % der Stimmen einen Sitz im nationalen Parlament einnehmen – im Moment hat sie zwei Mandate. Und in Dänemark muss die Partei der deutschen Minderheit nur ca. 12.000 Stimmen bekommen, um ein Parlamentsmandat zu bekommen.

Warum ist es für die Minderheiten überhaupt wichtig, eine eigene Partei zu haben?

Wie wichtig eine eigene politische Vertretung ist, zeigt das fehlende Verständnis für die politischen Forderungen der Minderheiten. Wir wollen nicht mehr oder weniger als alle anderen. Die Menschen in der dänischen Minderheit haben einen deutschen Pass und zahlen hier ihre Steuern. Deshalb sollen die Kinder und Erwachsenen in dänischen Kindergärten, Schulen und Vereinen von ihrem Staat auch dasselbe bekommen, wie die Kinder und Erwachsenen in der Mehrheitsbevölkerung. Davon sind wir heute in einigen Bereichen noch weit entfernt.